

Die „Volkswacht“  
erschien wöchentlich 4 Mal  
und ist durch die  
Spezial-Redaktion, 3141,  
und durch Postbestellung zu beziehen.  
Preis 1 Mark 25 Pf.  
Durch die Post bezogen 1 Mark 50 Pf.  
Preis im Jahr 12 Mark 50 Pf.  
wo keine Post am Orte, 12 Mark 80 Pf.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher Redakteur  
für die einwöchige Nummer  
oder deren Raum 30 Pf.  
Kundenschein 40 Pf.  
Doppelnummer 1 Mark 25 Pf.  
Inserate für 10 Zeilen 15 Pf.  
Kundenschein 25 Pf.  
Veränderung der Abonnements-  
15 Pf.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis zum 1. März 1913  
in der Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 60.

Breslau, Mittwoch, den 12. März 1913.

24. Jahrgang.

## Die Militärvorlage.

Verstärkung der Armee um 117.000 Mann.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ kann auf Grund besonderer Informationen den Inhalt der neuen Militärvorlage mitteilen. Diese halbamtliche Veröffentlichung übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Sie besagt:

Die gesamte Vernehrung wird

68 000 Köpfe jährlich

betragen, innerhalb zweier Jahre 4000 Offiziere, sowie 15.000 Unteroffiziere und 117.000 Mann, was ungefähr 1,018 Prozent der Bevölkerung gleichkommt. — Aus diesen Mannschaften werden zunächst einmal die 18 Regimenter, die mit zwei Bataillonen haben, ihr drittes Bataillon erhalten; außerdem werden durchweg die Kompagnien verstärkt werden, diejenigen der Grenztruppen sollen sogar auf einen höheren Etat gebracht werden. Neue Infanterieregimenter werden nicht gebildet, wohl aber werden die übrigen Truppengattungen neue Kontingente erhalten. So beschäftigt es sich, daß

6 neue Kavallerie-Regimenter

werden angefordert werden, die in der Hauptsache den Grenztruppen zugeteilt werden sollen. Ein Blick in das Buch über die Armeeeinteilung belehrt uns, daß die neue Vorlage auch dem VIII. Korps ein Kavallerieregiment bringen dürfte. — Den dringenden Wünschen, unserer Feldartillerie die nötige Bespannung zu geben, wird auch nachgegeben werden: Es sind

30 000 Pferde

werden verlangt, daß künftig jede Batterie auch zu Friedensübungen schon mit sechs Geschützen und einigen Munitionswagen ausgerüstet kann. Dem Verlangen, dauernd Kavallerie-Divisionen zu formieren, hat man nicht nachgeben können, man begnügt sich mit der Forderung des Kommandeurs, seines Adjutanten und Generalstabsoffiziers. Auch ist eine Vernehrung der Übungen von Kavalleriedivisionen in Aussicht genommen. — Wir haben schon neulich erwähnt, daß die neuen Rüstungen unter dem Gesichtswinkel eines

starken Grenzschutzes im Osten

vorgenommen werden — ein Teil der einmaligen Ausgaben wird bestimmtlich zur Verklärung unserer Festungen verwendet —; dementsprechend müssen unsere Festungsanlagen auch mit ausreichender schwerer Artillerie versehen werden. Die Vorlage sieht die Bildung eines halben Duzend neuer Fußartilleriebataillone vor, denen auch selbständige

Maschinengewehrabteilungen

zugeteilt werden sollen. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß für die schwere Artillerie des Feldheeres ebenfalls eine Vernehrung der Bespannungsabteilungen vorgesehen ist. Die Zahl der

Scheinwerferkompagnien,

die die Vorlage bringt, wird ebenfalls erheblich sein, auch die Lücken unseres Trains werden durch Aufstellung mehrerer neuer Formationen ausgefüllt werden. Selbstverständlich muß mit all diesem auch eine weitere Vernehrung der technischen Truppen Hand in Hand gehen. Helikograph und Funkentelegraphie nehmen jetzt so viel Kräfte in Anspruch, daß mit den bestehenden fünf Telegraphenbataillonen längst nicht mehr auszukommen ist, diese sollen fast verdoppelt werden, während das Pionierwesen auch um ein halbes Duzend neuer Kompagnien vermehrt werden soll.

Das ist aber noch nicht alles. Der „Lokalanzeiger“ führt nämlich noch weiter aus:

Nebenher muß natürlich auch das Unterrichts- und seine Ergänzung finden; sämtliche militärische Unterrichtsanstalten werden vermehrt werden. Um schon rechtzeitig die nötigen Offiziersstellen besetzen zu können, wird eine Beschleunigung der Ausbildung der Kadetten und Fähnriche eintreten. Alles in allem kann man sagen, daß die Offiziere mit einem starken Avancementschub rechnen können, denn um nicht im Arztesalle die Befehlsverhältnisse in der aktiven Truppe zu gerichten, werden eine Reihe höherer Offiziersstellen für die Reserveformationen jetzt schon gerordert werden. Daneben hält man selbstverständlich an der Verbesserung erheblicher Mittel für Zwecke der Luftflotte fest.

Was man geneigt war, als Ausgeburt einer besonders regen Phantasie zu bewerten, ist hier durch die Tatsachen übertrumpft worden. Eine Militärvorlage, wie sie in solchem Umfange noch niemals dagewesen. Auch die unversöhnlichsten Rüstungsheser werden ob dieser ungeheuerlichen Zumutungen verstummen müssen.

Die deutsche Armee, in vier Kontingente gegliedert, zählt momentan:

- 27 768 Offiziere
- 2 379 Sanitätsoffiziere
- 821 Veterinäre
- 2 367 Zahlmeister, Waffenmeister usw.
- 94 535 Unteroffiziere
- 540 750 Gefreite und Gemeine
- 688 615 Mann. Dazu die Verstärkung um 117 000 Mann, macht
- 785 615 Mann.

Zu diesen 117 000 Mann kommen nun aber noch die Offiziere in einer Stärke von etwa 4000, auch die Unter-

offiziere in einer solchen von 15 000 Mann, so daß die Gesamtsstärke der deutschen Armee bis zum 1. Oktober 1914 auf 804 600 Mann gebracht wird.

Die Marine zählt an Offizieren und Mannschaften 74 000 Köpfe, so daß Deutschland dann eine Wehrmacht zu Wasser und zu Lande von rund 880 000 Mann aufzuweisen hat.

Mit dieser neuen Militärvorlage wird zunächst einmal der Wunsch der Offiziere nach einer rascheren Beförderung erfüllt, allerdings nur auf einige Jahre, denn schon in zehn Jahren werden die Klagen über zu langsamem Avancement wieder einsetzen. Freilich werden wir bis dahin wieder eine oder einige Militärvorlagen hinter uns haben — wenn es die Steuerzahler aushalten können. Bei der Militärvorlage vom Jahre 1912 wurde die Mannschaftenstärke der einzelnen Kompagnien etwas herabgesetzt, und nachdem nun die neuen Formationen aufgestellt sind, wird diese Mannschaftenstärke wieder auf ihren alten Stand gebracht und darüber hinaus werden die im Osten stehenden Kompagnien noch ganz erheblich verstärkt. Damit schafft man die Möglichkeit, durch eine spätere Verminderung neue Regimenter aufstellen zu können, um dann später die so geschaffenen Lücken wieder auszufüllen.

Die neue Militärvorlage richtet ihre Spitze nicht nur gegen Frankreich, sondern mehr noch gegen Rußland. Und das ist deshalb umso auffälliger, als im vorigen Jahre nach der Entree in Balforsport die offizielle Presse hoch und heilig versicherte, daß wir nunmehr mit Rußland in ein besseres Verhältnis gekommen sind. Ueber die Begründung für die Notwendigkeit dieses starken Grenzschutzes im Osten ist gegenwärtig noch nichts bekannt, die Militärverwaltung ist aber um Gründe, die bei ihr billiger sind als Brombeeren, nie verlegen. Vor einigen Tagen noch erklärte der Reichsminister in der Budgetkommission des Reichstags, daß die Gefahr eines Krieges nicht bestehe, daß aber die Möglichkeit immer vorhanden sei. Auf solche vage Erklärungen hin bewilligte die Kommission den neuen Armeeminister, dem nun durch die neue Militärvorlage noch ein weiterer Inspektor zugestellt werden soll.

Das lange und sorgfältig gehütete Geheimnis ist nun offenbart, just 48 Stunden, nachdem man den Reichstag in die Ferien geschickt hat. Der frühe Beginn der Reichstagsferien ist auf einen Wunsch der Regierung zurückzuführen, die vermutlich befürchtete, daß eine unbequeme Anfrage im Reichstage gestellt werden könnte. Darin liegt eine Mißachtung des Reichstags, wie sie unter dem Regime des Herrn v. Bethmann-Hollweg nicht zum ersten Male verzeichnet werden kann. Der Kampf gegen diese neue ungeheuerliche Wehrbelastung des deutschen Volkes hat auf der ganzen Linie eingesetzt, und die sozialdemokratische Partei wird die Parlamentarier dazu benützen, allüberall aufläufend zu wirken. Bei den bürgerlichen Parteien besteht in der Tat die Absicht, die Vorlage so rasch als möglich durchzuführen, und es wird die Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, Mittel und Wege zu finden, um eine gründliche, eingehende Beratung dieser ungeheuren Mehrforderungen herbeizuführen.

## Der Krieg auf dem Balkan.

Zur internationalen Situation schreibt das „Neue Wiener Tageblatt“: Bezüglich der Abrüstungsfrage wird von informierter Seite bemerkt, daß die Reduktion der Truppenbestände an der österreichisch-russischen Grenze mit den etwaigen Osterurlauben nichts zu tun hat. Die Reduktion wird erfolgen, sobald die Voraussetzungen dazu vorhanden sind, worüber Verhandlungen noch im Zuge sind. In der albanesischen Abgrenzungsfrage konnte leider noch in mehreren Punkten eine Einigung nicht erzielt werden. Es wäre jedoch unrichtig, daraus die Folgerung abzuleiten, daß eine Annäherung in dieser Frage bisher überhaupt nicht zu konstatieren sei. Die Nachrichten von serbischen Truppenbewegungen nach Albanien werden jetzt von allen Seiten bestätigt, auch von Belgrader offiziellen Kreisen garnicht in Abrede gestellt.

Vor Skutari und in Durazzo.

Wien, 10. März. In hiesigen Regierungskreisen erwecken die fortgesetzten serbischen Truppenverchiebungen eine steigende Nervosität. Von informierter Seite verlautet, daß etwa 35 000 Mann, sowie zahlreiche Belagerungsgeschütze, Feldartillerie und Material zum Brücken- und Eisenbahnbau in Durazzo sammelt seien. Man nimmt hier an, daß die Serben die Absicht verfolgen, durch Verstärkung des Belagerungskorps vor Skutari ihre Position in Albanien zu sichern. In offiziellen Kreisen wird erklärt, die serbischen Aktionen seien geeignet, die ernstesten Besorgnisse zu erwecken. Unter diesen Umständen könne Oesterreich-Ungarn nicht daran denken, auch nur einen Mann von den an der Südgrenze konzentrierten Truppen zu entlassen.

Londoner Telegramme belagern, daß die Türken in Skutari sich in einer sehr ernstlichen Lage befinden. (1) Man spricht davon, d. h. bereits Verhandlungen stattgefunden hätten, die die Uebergabe der Festung betrafen.

## Politische Uebersicht.

Warnung vor Deckungsabwegen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ warnt an der Spitze ihrer Wochenrundschau vor „Abwegen“ bei dem zugunsten der Militärvorlage geplanten Überlaß am Vermögen:

„Unsere Mitteilungen vom vorigen Sonnabend über den Plan der einmaligen Vermögensabgabe haben eine gute Aufnahme gefunden. Unser Volk ist entschlossen, die in den letzten Monaten so vielfach bekundete Opferwilligkeit wahr zu machen und zur Tat zu schreiten. Die einmalige Vermögensabgabe zur Deckung der einmaligen Heeresforderung erscheint mehr und mehr als der richtige Weg. Auch solche Zeitungen, die anfangs starke Bedenken in den Vordergrund stellten, wollen durchaus nicht als prinzipielle Gegner des Planes betrachtet werden. Manche Kritiker haben die Analogie mit dem Jahre 1813 abgelehnt, mit Recht, wenn sie den Umstand der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit betonten, mit Unrecht, wenn sie einen Vergleich zwischen den kriegerischen Zeiten der Befreiungskriege und unserer heutigen Friedenszeit überhaupt ablehnten. Das Vergleichsmoment ist die völlige Durchführung des Grundgesetzes, daß jeder Wehrfähige zur Verteidigung des Landes heranzuziehen ist. Und an den Geist von 1813 erinnert die patriotische Gefinnung, mit der heute wie vor hundert Jahren das deutsche Volk bereit ist die notwendigen Opfer zu tragen.“

Es wird nun aber darauf ankommen, den einfachen und klaren Gedanken der Vermögensabgabe festzuhalten und Abwege bei den Erörterungen über die praktische Gestaltung zu vermeiden.“

Anscheinend richtet sich diese Warnung mehr nach rechts als nach links. Denn die konservative Presse hat dem Plane die meisten Wenn und Aber entgegengelegt.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet in einem Privattelegramm, daß in einer am Sonntag abgehaltenen Sitzung des preussischen Staatsministeriums die Entscheidung wider Erwarten nicht für die Erbschaftsteuer, sondern für die Vermögenszuwachssteuer gefallen sein soll, als deren Gegner der Finanzminister Lenke bezeichnet wird. Demnach würde also in der Besprechung der leitende Minister der Bundesstaaten über die Deckung der laufenden Ausgaben der Heeresvorlage Preußen als Befehlshaber die Vermögenszuwachssteuer vorschlagen, in welche, soweit man weiß, die Besteuerung der Erbschaften eingearbeitet ist.

Am Montag hat in Berlin die Konferenz der Finanzminister begonnen, an der neben dem Reichskanzler auch der Kriegsminister teilnimmt. Wie die „Täg. Rundschau“ erzählt, besteht man in konservativen Kreisen darauf, daß zu der einmaligen Abgabe, die großen Einkommen noch besonders herangezogen werden sollen. Eine erhebliche Minderheit im Bundesrat ist gegen die vom Reichskanzler unterstüßte Vermögenszuwachssteuer. Für die Erbschaftsteuer ist zwar im Bundesrat eine Mehrheit vorhanden, doch befürchtet man, damit im Reichstage nicht durchzubringen, weshalb vermutlich auf den Vorschlag des Grafen Schwerin-Löwitz, dem Reich die Stempelabgaben der Einzelstaaten zu überlassen, zurückgegriffen werden wird. Die einmalige Abgabe soll auf mehrere Jahre verteilt werden, obwohl die Befürchtung besteht, daß diese Abgabe, wenn die Raten zu klein bemessen werden, zu einer dauernden werden könnte.

Die konservative Presse empfiehlt die Frage der Deckung der laufenden Ausgaben durch besondere Steuern überhaupt nicht vor den Reichstag zu bringen, sondern den Bundesstaaten die anteiligen Deckungsquoten zu überweisen und ihnen zu überlassen, durch Landessteuern die Beiträge aufzubringen. Ob die Bundesstaaten die Steuern dann im Wege der Einkommen- oder Vermögenssteuer oder sonst einer anderen Abgabe flüssig machen, darüber will sich die „Kreuzzeitung“ den Kopf nicht zerbrechen. Es liegt ihr nur daran, daß die Parteien des Reichstags, die die Militärvorlage bewilligen, sich nicht wieder über die Deckung in die Haare geraten.

Wer trägt Schuld an den neuen Rüstungen?

Diese Frage stellt im „Tag“ der Gesandte a. D. E. Raschbau, und er beginnt ihre Beantwortung mit folgenden Feststellungen:

Ganz Frankreich ist selbstverständlich davon durchdrungen, daß Deutschland den Anlaß zu der neuen Anspannung der Rüstungen gegeben hat. Dagegen einzuwirken, wäre bei der in allen nationalen Fragen unerschütterlichen Art unserer Nachbarn vergebliche Mühe. Aber es gibt auch in Deutschland Leute, die der gleichen Ansicht sind und die Verantwortung für die neue Erregung uns selbst zuschreiben geneigt sind.

Herr Raschbau bemüht sich dann in spaltenlangen Ausführungen, den vermeintlichen Beweis dafür zu erbringen, daß diese Leute in Deutschland, die der deutschen Regierung die Schuld an der neuen Rüstungsraserei zuschreiben, sich im Unrecht befinden. Den Franzosen ihren angeblichen Irrtum nachzuweisen, bemüht er sich erst gar nicht, in dieser Beziehung hält er ja, wie er selbst sagt, Hopfen und Malz für verloren. Was aber für die Franzosen gilt, das gilt für alle Völker Europas. Alle sind sie davon überzeugt, daß Deutschland den Anlaß zu den neuen Rüstungen gegeben hat, denn alle halten sie sich an die Tatsache, daß aus Deutschland zuerst — durch den berühmtesten Marmorhauer der Welt — neue Rüstungen angekündigt worden sind, und daß erst durch diese Ankündigung und als Antwort auf sie

die neue Aufstrebungsbewegung in anderen Ländern in Fluss geraten ist.

Wann Europa ist also mit den Franzosen und mit einem großen Teil des deutschen Volkes selbst einig in der Überzeugung, daß die deutsche Regierung hier die Rolle des internationalen Aufstrebens und Südensfriedens spielt hat. Nach Herrn Raschbau Meinung ist die deutsche Regierung freilich ein Lämmlein, weiß wie Schnee.

Nehmen wir einmal an, die deutsche Regierung wäre wirklich so unschuldig, wie Herr Raschbau vorgibt, und sie hätte bloß den bösen Schein gegen sich. Auch dann, ja dann erst recht wäre ihr Verhalten zu verurteilen.

Eine Kapuzinerpredigt an die Besitzenden.

Während die Gangaffizien noch immer so tun müssen, als schwämmen die Parteien der bestehenden Klassen über die ihnen zugewiesene Vermögensabgabe in einem Meer patriotischer Begeisterung, sind die Halboffizien schon beauftragt, gegen die sich regenden Oppositionsgefühle der großen Portemonnates mobil zu machen.

So sieht man sich zum Teil auf den Versuch zurück, die Vermögensabgabe so weit zu denaturieren, daß sie diesen oder jenen Klassen des Besitzes möglichst unempfindlich bleiben soll.

Wenn die Anerkennung des gleichen Wahlrechts und die gelegentliche Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten für die Fortschrittler unerfüllbare Bedingungen sind, dann können sie auch kein Eintreten der Sozialdemokratie für ihre Kandidaten erwarten.

Die Sozialdemokratie ver sucht es mit dem bekannten Ausreden, indem sie schreibt: Die Sozialdemokratie über die in ihrer Resolution über die Taktik bei den Landtagswahlen für die Erlangung sozialdemokratischer Stichwahlhilfe unerfüllbare Bedingungen aufgestellt und damit ein „faubinisches Joch“ aufgerichtet hat, durch das liberale Männer aus Selbstachtung nicht treten können.

Die Sozialdemokratie hat es den Herren ja nicht verboten, für nationalliberale Gegner des gleichen Wahlrechts einzutreten und sich von diesen vorzeichnen zu lassen, daß sie ohne deren Zustimmung kein Abkommen mit einer anderen Partei schließen dürften.

In schlammigen Händen.

Roman von Erich Schalkier.

(Nachdruck verboten.)

Nach der ersten Flaute kam die zweite und Asmusen stieg bereits an, bedenklich zu werden; er mochte am Nachmittag so viel nicht schlafen.

Zentrumsblatt. Die Sozialdemokratie bekämpft das getriebene Ungehör. Aber wenn der Militarismus weiterkriecht, dann mag er die fetten Speckseiten fressen aus der Speisekammer der Leute, deren Lebenshaltung vielfach einen luxuriösen Charakter angenommen hat.

Vorspiel zu den preussischen Landtagswahlen.

Die offizielle Mitteilung des „Vorwärts“, daß sich die sozialdemokratischen Wahlmänner am nächsten Mittwoch an der Erstwahl in Zellow-Weesow nicht beteiligen werden, hat nicht den Beifall der fortschrittlichen Presse gefunden.

Mit haben von Anfang an einer Verständigung des Liberalismus mit der Sozialdemokratie über ein gemeinsames Vorgehen das Wort geredet. Eine solche Verständigung ist aber nur bei allgemeinem Wahlen möglich, wo Leistung und Gegenleistung abzumachen sind.

In Wirklichkeit könnte der Ernst, mit dem die Sozialdemokratie an ihren Bedingungen festhält, den Befürwortern eines Wahlabkommens im fortschrittlichen Lager ihre Arbeit nur erleichtern. Sie könnten unter Hinweis auf Zellow-Weesow ihren Freunden beweisen, daß ohne Anerkennung der Verpflichtung gegenseitiger Unterstützung nichts zu machen ist.

Wenn die Anerkennung des gleichen Wahlrechts und die gelegentliche Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten für die Fortschrittler unerfüllbare Bedingungen sind, dann können sie auch kein Eintreten der Sozialdemokratie für ihre Kandidaten erwarten.

Die Informationskonferenz.

An der Informationskonferenz, die am Freitag beim Reichskanzler und Kriegsminister stattgefunden hat, haben von den Führern der bürgerlichen Parteien teilgenommen: die Fortschrittler Müller-Reinigen und v. Payer, die Nationalliberalen Schönath-Carlath und Wassermann, die Zentrumsblätter Spahn und Gröber, die Reichsparteier Camp und Schulz, die Konservativen Westph, Herbrandt und Franke und die Antisemiten Rehrens und Herzog.

Hollweg soll den Abgeordneten aufgegeben haben, sechs oder sieben Fraktionen gegenüber Stillzuschweigen zu bewahren. Nur soviel stierte im Reichstage durch, daß der Kriegsminister in großen Umfassen den Inhalt der Militärverträge stigmatisierte, und daß Wichmann-Hollweg die Forderungen mit der politischen Lage begründete.

Bekannt wird, daß die Vorarbeiten für die einmalkigen Ausgaben ergeben haben, daß die Abgabe vom Vermögen allein nicht ausreicht, und daß wahrscheinlich auf die hohen Einkommen gegriffen werden muß, um die Summe von einer Milliarde zusammenzubringen.

Die „Frankfurter Zeitung“ vom Sonnabend berichtet über die Informationskonferenz: Die Mitteilungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers boten nichts wesentlich Neues. Sie haben erklärt, daß die einmalkigen Kosten der Militärverträge nicht viel weniger als eine Milliarde betragen und daß die laufenden jährlichen Ausgaben an die 200 Millionen betragen würden; ferner, daß es sich bei der Armeevermehrung weniger um Neuorganisationen, als um Verstärkung der bestehenden Organisationen, natürlich auch um die Schaffung der fehlenden dritten Bataillone handelt.

Die parlamentarische Nachrichtenstelle weiß nach der „Post“ zu melden: Die Mitteilungen, die den Vorkämpfern in der Debatte gemacht worden sind, haben befriedigt, auch bezüglich der Dedungsbeiträge ist zwischen der Regierung und den Parteien eine Uebereinstimmung erzielt worden.

Militärische Sigelheit und Kostspieligkeit.

Am Donnerstag hat der Reichstag durch ein Moteges einen neuen Armeepinspекteur mit dem Sitz in Danzig bewilligt und schon am Freitag früh konnte ein in militärischen Dingen ziemlich gut informiertes Blatt mitteilen, daß der General v. Britzsch u. Gaffron in Weh diese Stelle demnach ansetzen wird.

Wißt Ihr, was ich glaube? sagte der Witt. Ich glaube, daß sie unten in Kiel heiraten wird, weil sie dort leichter etwas Gutes bekommt, und daher ist sie hier oben so abweisend.

Die Annahme fand allgemeine Zustimmung und damit wurde Dagmar verlassen. Jagdlichen war die Dunkelheit hereingebrochen; der Witt von Unruhe war längst zu Hause und unten bei Asmusen begannen die späten einsamen Abendstunden.

Er kam von dem Hotel in Kiel und war an die alte Frau Engelbrecht gerichtet. Im September wollte die Familie nach Italien reisen; beide Kinder sollten mit, die Frau sei schwächlich und fürchte sich, ohne Begleitung zu reisen, für Dagmar würde es eine geringe Arbeit und eine willkommene Erholung sein.

Nun begriff Lorenz Asmusen und dachte in seiner treuherzigen Weise laut auf. „Dobon ist doch gar nicht zu reden, Liebes Gevaterin; das ist ja selbstverständlich; ich werde Ihnen doch eine so schöne Reise nicht verderben.“

„Einen Brief“, sagte Dagmar, und glänzte. Der Kampf mit dem Sturme hatte sie nicht weniger gemüht.

„Es gibt reiche Leute und arme Leute“, sagte der Kaufmann und sah belommen aus.





Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 11. März.

Jahrhunderfeier.

Wir stehen jetzt im Zeichen der Jahrhundertfeier; die Patrioten gedenken der Zeit vor 100 Jahren, wo das Volk seine ganzen Kräfte einsetzte, um den fremden Unterdrücker aus dem Lande zu treiben...

Schon am Sonntag ging's in Breslau gar feierlich her. In der Elisabethkirche gab's einen Festgottesdienst, und im Konzerthaus auf der Gartenstraße und im Gürtenpark...

Am Montag begann der Jubel bereits in den Vormittagsstunden. Ein Sohn des Kaisers, Prinz Eitel Friedrich, war besonders nach Breslau gekommen, und alle Patriotenherzen schlugen höher...

Der große Konzerthausaal war abends das Schauplatz eines großen Festes, an dem auch Prinz Eitel teilnahm. Ein Hund Offiziere der Landwehrbezirke I und II feierten die Erhebung der schlesischen Landwehr...

Ueber die internationale Friedensbewegung

Am Montag Herr Justizrat Heilberg in einer Mitglieder-Versammlung der Ortsgruppe des Deutschen Roten Kreuzes.

Der Redner begann mit einer Erläuterung der Ideen und Ziele, die seiner Meinung nach das Wesen der neueren Friedensbewegung ausmachen. Vor allem lehnt er eine A.L. Annahme zu den Kriegen der Vergangenheit ab...

Dieser, fast von einer materialistischen Geschichtsauffassung ausgehende, letzten Endes aber nur die tatsächliche Entwicklung widerspiegelnde Kern der Ausführungen, wurde stark beeinträchtigt durch parteipolitische Randbemerkungen...

Der Krieg mit Völkern von gleicher Kulturhöhe \*) gefährdet — vorausgesetzt daß das Volk ein guter Kunde ist — den Absatz der Waren. Um aber der Kolonialbegeisterung des Bürgertums den theoretischen Freitrieb auszustellen...

Städtische Säuglingsfürsorge.

Wir haben jüngst ausführlich über die Erfolge der städtischen Säuglingsfürsorge in Breslau berichtet und gezeigt, daß die Säuglingssterblichkeit von 28 Prozent im Jahre 1900 auf 16 Prozent im Jahre 1911 zurückgegangen ist...

Die Sprechstunden der Milchküche I: Reubigsplatz (Dr. Weigert), Brandenburgerstraße (Dr. Weigert). Die Sprechstunden der Milchküche II: Matthiasstraße (Dr. Ehardt), Klosterstraße (Dr. Ehardt), Lahestraße (Dr. Steinig)...

Im Säuglingsheim ist die Sprechstunde täglich, in den übrigen Fürsorgestellen dreimal in der Woche. Für alle diese Stellen, soweit sie nicht erst im Berichtsjahre ins Leben traten, mußte die neue Aufgabe eine Veränderung in der Zusammenstellung der in ihnen verkehrenden Kinder herbeiführen...

Die Säuglings-Fürsorgestellen unterstanden dem 1911 geschaffenen städtischen Waisen- und Kinder-Fürsorgeamt, das die Aufgabe hat, die Mängel des Waisenvormundes und die sonstigen bedürftigen Kinder zu beaufsichtigen...

Vor allem aber hängt es, so schreibt Dr. Freund, von dem Geschick der Waisenspielerin ab, ob es ihr gelingt, einen größeren oder kleineren Teil der von ihr überwachten Minder zum Besuche der Sprechstunden zu veranlassen. Gegenüber den Minder nun, die bereits im Laufe dieses Berichtsjahres zu mehr oder weniger regelmäßigen Besuchen in den Fürsorgestellen herangezogen werden konnten...

Darin besteht allerdings in Breslau noch eine Lücke. Der Berichterstatter sagt: Während die unehelichen Kinder der Fürsorgestelle in der zuständigen Waisenspielerin zugleich eine Fürsorgeschwester haben, fehlt unseren Fürsorgestellen zurzeit noch ein derartiges Organ für die gegenüber den ehelichen Kindern zu erfüllenden Aufgaben vollkommen...

Im übrigen darf mit Bezug auf die in den Fürsorgestellen gelebte Fürsorge für die Ehelichen gesagt werden, daß auch sie durch die zu Gunsten der Unehelichen geschaffene neue Organisation unmittelbare Förderung erfahren hat. Erstmals durch die Vermehrung der Fürsorgestellen, die den stützenden durchweg die Sprechstunde in größerer Nähe rüde, ferner auch durch den Umstand, daß diese nunmehr sämtlich die Beratung auf natürlich und künstlich ernährte eheliche Kinder ausdehnten...

In den acht Säuglingsfürsorgestellen sind im Jahre 1911/12 im ganzen 4343 Kinder behandelt worden, darunter 1717 uneheliche und 2626 eheliche. Wichtig ist es, wie allmählich bei

Verkehr in den Fürsorgestellen gestiegen ist, bez. jetzt beinahe ein Drittel der Lebendgeborenen eines Jahres umfaßt. Es wurden behandelt:

Table with 3 columns: Year (1906/07, 1907/08, 1908/09), Number of children (435, 695, 1850), and another column (1909/10, 1910/11, 1911/12) with values (2450, 2700, 4948).

Besonders darf noch auf die ungewissheit durch die neue internationale Organisation hervorgerufene stärkere Heranziehung der Unehelichen hingewiesen werden. Ihre Zahl in den Sprechstunden betrug, selbst wenn man alle städtischen Waisenkinder als uneheliche mitrechnet, was aber nicht zutrifft: 1909/10 etwa 700, 1910/11 etwa 700, 1911/12 1717 also 1000 mehr als in den Vorjahren.

Nach den vorstehenden Zahlen ist die Tätigkeit der Säuglingsfürsorgestellen im Berichtsjahre 1911/12 recht umfangreich gewesen, ein städtischer Beobachtungszeit ist von ihr erfasst worden. Aber, das möchten wir hinzufügen, es bleibt noch viel zu schaffen übrig. Viele Hunderte von Kindern sterben noch wie vor im jüngsten Alter, zum großen Schmerze der Eltern, zum Schaden der Gemeinde und des Staates...

Ein Geschenk Wilhelm II. an die patriotische Jugend.

Wilhelm II. hat in einem Erlaß an den preußigen Ministerpräsidenten angeordnet, daß die zu der ehemaligen Festung Silberberg gehörenden Werte des Forts Spitzberg und der großen und der kleinen Strohhütte den Bestrebungen der auf nationaler Grundlage stehenden Jugendvereine Schlesiens nutzbar gemacht werden.

„Ausmarsch der Krieger aus Balthassa.“ Bei der gestrigen Jahrhundertfeier in Liegnitz wurden die Soldaten des dortigen Regiments zur Hälfte nach dem Stadttheater, zur anderen Hälfte nach dem Balthassatheater zu Festvorstellungen kommandiert. Im Balthassatheater sollte der Film „Königin Luise“ vorgeführt werden.

Wo sind Soldaten heutzutage noch sicher? Aus der Kirche müssen sie hinausmarschieren, aus dem Theater müssen sie hinaus: da wird man sie wohl in Zukunft aus der Kaserne überhaupt nicht mehr hinauslassen dürfen.

„Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der drei Oberdistrikte 8, 9a und 9b wurde am Montag im „Bergkeller“ abgehalten. Genosse Fiegler sprach über lebhaften Beifall über Christentum und Sozialdemokratie. An den Vortrag schloß sich eine sehr lebhafte Ausdrucksweise. Mehrere Berichtsmittelsprüche vollzogen ihren Antritt aus der Landeskirche. Dann hielt Genosse Loh, Müller einen Vortrag über Parteipflichten.“

„Ueber die dreimonatliche Gas- und Wassergeld-erhebung beschwerte man sich am Freitag im Verein Westauer Gas- und Schankwirte. Uebereinstimmend betonten die Redner, daß es für viele Gastwirte nicht möglich ist, für drei Monate das Geld auf einmal zu zahlen; es könnte kommen, daß dadurch die Stadt Verluste hätte. Drei Monate seien genug. Der Vorstand soll beim Magistrat vorstellig werden.“

„Gesundheitsbericht. In der Woche vom 23. Februar bis 1. März 1918 sind nach einer Zusammenstellung des städtischen Amtes in Breslau 58 Ehen geschlossen worden. In der Woche wurden 258 Kinder geboren; davon waren 190 ehelich, 68 unehelich, 251 lebendgeboren (123 männl., 128 weibl.), 7 totgeboren (3 männl., 4 weibl.). Mit den 7 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 225 Sterbefälle (124 m., 101 w., darunter 20 Ortsfremde) in der Berichtswache gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 61 unter 1 Jahr alt (49 ehelich und 18 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Kinderstirber 1, Malern 9, Diphtherie 1, Keuchhusten 6, Tuberkulose 34, Krankheiten der Atmungsorgane 54, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 16, Selbstmord 6, Unglücksfälle 4, und alle übrigen Todesursachen 34. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Diphtherie 21, Scharlach 11, ägyptische Augenkrankheit 2, Wochensieber 2, Unterleibsruhr 2. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 3601; es kamen hinzu 971, es starben 58, es gingen ab 963, jedoch am Ende der Woche 3556 verblieben.“

„Schlägerei im Stadthauskeller. Montag abend gegen 10 Uhr wurde im Stadthauskeller ein als Gast anwesender Schiffer von einem Kellner mißhandelt. Der Schiffer, der schon eine ganze Menge Bier getrunken hatte, benahm sich etwas ungebührlich, jedoch belästigte er durch sein Verhalten keinen Gast. Der Kellner hätte deshalb ruhig davon absehen können, den Schiffer aus dem Lokal zu werfen und ihn dabei zu schlagen. Mehrere Gäste waren über das Verhalten des Kellners empört und boten sich dem Mißhandelten, dessen linke Wange buchstäblich grün und blau aussah, als Zeugen des Vorfalls an. Der Wirt des Lokals schritt nicht gegen den Kellner ein, sondern forderte den Mißhandelten, der den Namen des Kellners erfahren wollte, darsich auf bei Vernehmung des Hausfriedensbruchs das Lokal zu verlassen. Der Name des Kellners mußte erst durch einen von der Wirtin erhaltene Schutzmann festgestellt werden. Der Schiffer, der viel Jenaun hat, wird gegen den Kellner Strafverfolgung wegen Körperverletzung stellen. Der Verletzte mußte sich auf die Unfallkassen in der Karlsstraße begeben.“

„Kaufmannsvereine eröffnen über das Vermögen der offenen Danbelsgesellschaft Bernhard Leubach, Kaufmann, Schweidnitzstraße 6, des Kaufmanns Alfred Schatz, Gartenstraße 56, ferner über die Nachlässe des Kaufmanns Georg Hoffmann, des Kaufmanns Carl Obstein und des Kaufmanns Joachim Bruno Broda.“

Der Vortrag hat insofern eine gewisse Bedeutung, als er eines der vielen Anzeichen ist, daß man im Bürgertum die patriotischen Ideologien seiner Jugend in die Kampfkammer rückt und sich vor dem letzten Klasseninteresse leiten läßt.

\*) Darunter versteht man lediglich die wirtschaftlichen Produktionskräfte eines Volkes.

Die unehelichen Kinder in der Angestellten-Versicherung.

Die weiblichen Angestellten sind verpflichtet, ihre ehelichen unehelichen Kinder in den Aufnahmefarzen anzugeben. Diese Offenbarungspflicht hat nun unter den weiblichen Angestellten große Erregung hervorgerufen.

Der Eingabe haben sich eine große Reihe der beteiligten Organisationen unterstützend angeschlossen, u. a. die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, das Frauenkomitee der Genossenschaft, die Rechtschutzstelle und zahlreiche Sozialverbände.

Das Versehen des Standesbeamten.

Der Arbeiter K. hat vor fünfzehn Jahren geheiratet. Das eheliche Verhältnis gestaltete sich jedoch unzutunlich und später verließ die Frau ihren Mann. K. strengte nunmehr eine Klage auf Wiederherstellung des ehelichen Verhältnisses an.

Sachbeschädigung ohne Beschädigung der Sache.

Dieser Tage fand ein Arbeiter vor dem hiesigen Schöffengericht, der eine Kabinennummer vom Führer eines Kutschers entliehen hatte, um diesem einen Streich zu spielen.

Aus aller Welt.

Explosions-Katastrophe in einem Kinematographen-Theater.

Aus Rouen le Reux (Frankreich) wird gemeldet: Am Sonntagabend ereignete sich in einem hiesigen Kinematographen-Theater während der Vorstellung durch Unachtsamkeit eine schwere Explosion.

Erziehung mit der Mißgabel! Wegen Mißhandlung hatte sich ein Unteroffizier vor dem Oberkriegsgericht Meig zu verantworten. Der Rekrut Preuß vom Dragoner-Regiment 13 hatte ohne jeden Anlaß vom Unteroffizier einen Schlag mit dem Mißgabelstiel auf den Unterarm erhalten.

Spiel mit Mißgeschick. Wegen fehlerhafter Lösung wurde am Sonntagabend vom Kriegsgericht der Aufführungsschiffe in der Bucht von Toulon der Kommandant R. vom großen Kreuzer 'König' zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Überleben erfolgte am Montag morgen, als zwei Land-

schifflet des Rades, wie überhaupt des ganzen Wagens, durch die Entfernung des Spinnens und der Mutter stark gemindert und beeinträchtigt worden.

Im Strafgesetzbuch heißt es nur, wer eine fremde bewegliche Sache vorfalschlich beschädigt, macht sich der Sachbeschädigung schuldig. Nach dem Sprachgebrauch wird jedoch eine Sache, selbst bei stofflicher Unversehrtheit aller ihrer einzelnen Teile, als beschädigt gelten, wenn man die eine Eigenschaft entzieht, die zu ihrem Wesen notwendig gehört.

Ein Arbeiter, der in einer Lampenfabrik angestellt war, versuchte seine sofortige Entlassung dadurch zu rücken, daß er an einer Maschine zwischen der Führung des Seils der Ventilbelastung einen kleinen Holzstiel und eine Eisenkette klemmte. Die so bewirkte Hemmung der Ventilbewegung sorgte in sich die Gefahr einer Dampfexplosion.

51. schlesischer Provinzial-Landtag. Am Montag ist der Provinzial-Landtag nach einer halbtägigen Sitzung geschlossen worden. Man wählte eine Kommission zur Prüfung der Rechnungen und prüfte dann Erträge für den Provinzial-Landtag.

Vielerlei Kirchenaustritte sind, wie man uns mitteilt, heute wieder beim Breslauer Amtsgericht angemeldet worden.

Am Markenleben der Kellner. In Galkwitzkreifen war die Frage Freitag ab der Sonntag der erste Tag in der Woche im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes.

Schrotkorn in Scheitrig. Der Schlesische Bund für Heimatschutz beteiligte sich an der Friedhofsausstellung der Jahrhundertfeier durch die Ausstattung eines Dorffriedhofes in Scheitrig.

wirtschaftliche Ideen Benzol aus einer Tonne holen wollten und ein Bündel anzündeten, eine furchtbare Explosion. Beide wurden sofort getötet. Das Gebäude ist zum Teil niedergebrannt.

Bei einem Brande tödlich verunglückt. Im Elektrizitätswerk zu Sonderburg entstand ein Brand, der mit Hilfe der Marinefeuerwehr gelöscht wurde.

Verstörter Automobil-Heberfall. Als am Sonntag morgen gegen 6 Uhr Dr. Engenau mit seiner Frau in einem gemieteten Automobil von einer Festlichkeit in Böhmen nach Barock zurückkehrte, raunte der Wagen gegen ein über den Fahrdamm gepanntes etwa 5 Millimeter hartes Drahtseil.

Kristallische Mauerer. Am Sonntag veranstalteten die 'Fru-itien' im Teatro Cosmopol in Rom einen Abend, bei dem die neuen Apostel ihre Zukunftsbildung, Zukunftsmusik, ihre Mal- und Bildkunst zum besten geben sollten.

180 000 Franzosen unterworfen. Der Sekretär Delacour der Bauunternehmung der Kaiser-Extraktion in Kanton Bern hat Unterwerfungen im Betrage von 180 000 Franzosen eingekauft.

Freier Mann. Ein äußerst frecher Diebstahl wurde am Sonntag nachmittag auf dem St. Rufaradenwall, einer der belebtesten Straßen zuerpens, verübt.

Charles Dorfmeister für Kinos. Die Polizei schreibt jetzt vor, die humoristischen und dramatischen Erläuterungen zu den Bildern müssen dem Polizeipräsidenten schriftlich zum Abstemmen eingereicht werden.

Das gefälschte Sparfassenbuch. Der Zimmergehilfe August Krause mußte sich am Sonnabend wegen schwerer Urkundenfälschung vor dem Schwurgericht verantworten.

Gausfriedensbruch und Beleidigung im Rassenlokal. Ein Konzeptionschreiber, der Krankengeld erhielt, betrat eines Sonnabends im Dezember 1912 die Mendantur der Schneiderkasse und machte dem abfertigenden Kassenbeamten Vorwürfe.

Erstochen hat sich am Sonntag am Grabe seines Vaters auf dem Magdalenafriedhof an der Lohstraße der 29 Jahre alte Arbeiter Paul Koneck.

Selbstmord. In der Füllorgankasse im Grundstück Kleine Scheinigerstraße 64 hat sich am Sonntag ein 20 Jahre altes Mädchen aus dem Fenster des ersten Stockes hinabgestürzt.

Selbstmordversuch. Am Dienstag früh zwischen 4 und 5 Uhr ist eine etwa 20 Jahre alte Frau gegenüber dem Allerheiligenhospital in den Stadtgraben gesprungen.

Die Feuerwehr - Mädchen für alle. Am Dienstag früh kurz nach 7 Uhr eilte die Feuerwehr mit der Magistrateiler auf dem Ring zum alten Rathaus.

Schwerer Unfall. Auf der Wenzelstraße, Ecke Fehrbellinstraße, ist am Dienstag früh, kurz nach 7 1/2 Uhr, ein Kutscher von seinem Wagen gestürzt und überfahren worden.

Gehängt hat sich am Sonntag in dem Stall seines Arbeitgebers der 18 Jahre alte Kutscher Paul Lieberführ.

Vermißt wird seit dem 3. März der 29 Jahre alte Freiseur Emil Kaminski, Steinauerstraße 20.

Fensterhebe eines Juwelierladens und raubte durch das entstandene Loch ein wertvolles Brillantenfolien. Das sofort ausgenommenen Verfolgung gelang es dem Verbrecher, unerkannt in der Menae zu verschwinden.

Das Brillantenfolien, das mit 500 in Platin gefaßten Brillanten besetzt war, hat einen Wert von 50.000 Franken.

Peinblütige Itallener. Eine furchtbare Familientragödie ereignete sich am Sonntag in Darimund in der Schlofferstraße. Der italienische Arbeiter Calveji war mit seiner Ehefrau in einen heftigen Streit geraten.

Franzosen und Selbstmorde in New York. In New York und Chicago werden gegenwärtig alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Selbstmorden der jungen Mädchen, besonders in den ärmeren Ständen, entgegenzuwirken.

Schiffsansturm. Der französische Dampfer 'Breguet' sank am Sonntag infolge eines Zusammenstoßes mit einem anderen Dampfer im Bristol-Kanal.

Meine Notizen. Sturmverheerungen. Auf der Insel Reunion (Frankreich) wüthete ein furchtbarer Sturm.

Messerschere im Gefängnis. Unter den Gefangenen des Gefängnisses in Oviedo (Spanien) kam eine Messerschere vor, wobei die Bürgerwehr einschritt.

Von München nach Wien geflogen. Der Münchener Flieger Janitsch, der am Donnerstag in München aufgestiegen war, ist am Sonntag nach geschlossenem Schirmsegeln, die ihn zu drei Bruchlandungen zwangen, auf dem Flugfeld in Nipern bei Wien gelandet.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Der Nachfolger Bolls. Die „Hochschulkorrespondenz“ meldet aus Frankfurt a. M., der Professor der Nationalökonomie an der dortigen Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, Dr. Ludwig Bohl, ist an die Universität Breslau als Nachfolger des nach Charlottenburg überlebenden Geh. Regierungsrats Prof. F. Bohl berufen worden.

Ermittelte Schaufensterbrecher. Am Sonntag früh kurz nach 4 1/2 Uhr bemerkte ein Wächter der Wach- und Schleifergesellschaft, wie sich drei Männer und eine Frauensperson in auffälliger Weise an einem an dem Hause Gräblichenerstraße 88 angebrachten Schaufenster zu schaffen machten.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Rosenthal. Die Distriktsversammlung war gut besucht. Genosse Hermann sprach über die Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volkvertretung. Zur Maffeler ist ein Spaziergang nach Ostwisch geplant. Ferner wird angeregt, den geleitete im Bezirk im Distrikt mehr zu pflegen.

Ein Bein gebrochen hat sich bei einem Sturze das trüchtige Pferd eines Stellenbesitzers von Hennigsdorf. Das Tier mußte erschossen werden.

Parteilich. Unser Jahlabend war nicht gut besucht. Es waren nur 28 Genossen erschienen. Bedauerlich ist, daß auch die Genossen fehlten, die den Jahlabend vom Montag auf den Mittwoch verlegt wissen wollten.

Genosse Schneidewind sprach über die Volksfürsorge. Sein Vortrag fand reichlich Beifall. Dann wurde angeregt, für die moribunde Maffeler im Landkreise einzutreten. Genosse Haupt macht auf das neu eröffnete Lager des Koniumvereins aufmerksam.

Aus Oberschlesien.

Neustadt O.S., 10. März. Vom Stadtparlament. Unter Hervorhebung, daß das Berichtsjahr 1912 finanziell so günstig gewesen ist, daß eine Erhöhung der diesjährigen Steuerzuschläge nicht zu erwarten ist, gab der Bürgermeister den Verwaltungsbericht. Der Haushaltsetat der allgemeinen Kämmerei ist in Einnahme und Ausgabe auf 1.116.000 Mark festgesetzt.

Beuthen O.S., 11. März. Die letzte Schicht der Häuser von aus Orzegow ist auf Paulusgrube verschüttet und getötet worden.

Beuthen O.S., 11. März. Noch ein Opfer der Jahrsundertfeier. Aus Anlaß der Jahrhundertfeier fand auf der Florentinengrube am Sonntag ein Freudenfest statt. Durch einen unglücklichen Zufall explodierte ein Geschöß und verletzte den bedienenden Bergmann Biskup schwer.

Beuthen O.S., 11. März. Gewerkschaftskartell. In der am Sonntag abgehaltenen Sitzung legte der Vorsitzende E. Trappe zunächst eine Zusammenfassung vor über die Bewegung der Gewerkschaften im letzten Jahre.

Kattowitz 11. März. Ein Bergarbeiterstreik im ober-schlesischen Industriegebiet? Aus Kattowitz wird der „Breslauer Zeitung“ geschrieben: Die polnische Berufsvereinigung kündigt für den 15. März einen allgemeinen Bergarbeiterstreik an.

Gleitwitz 11. März. Patriottische Feste. In unserer mit außerordentlich hohen Kommunalsteuern belasteten Stadt wurde am Montag aus Anlaß der Erhebung Preußens auf Veranstaltung des Kreislerverbandes für Gleitwitz-Stadt und Loß-Gleitwitz in Gestalt eines Kornblumentages für ein Kaiser Wilhelm-Feiern auf den Straßen öffentlich gefeiert.

Die königlichen Betriebe hatten sogar, um den Tag festlich zu begehen, den Betrieb ruhen lassen. Damit aber bei Beendigung des patriotischen Bewusstseins die Kosten nicht zu hoch werden, mußten die Arbeiter einen halben Tag nacharbeiten.

Zoo, 11. März. Auf eine tragische Weise zu Tage gekommen ist der auf der Emmistraße in Zabrze-Nord wohnende 35-jährige Grubenarbeiter Schifalla. Nach der Schicht ging er in ein Gasthaus auf der Wilmstraße, wo er sich mit Arbeitskollegen kurze Zeit aufhielt.

Oppeln, 11. März. Die Neueinteilung der Gewerbeinspektionen. Am 1. April 1913 wird für den Regierungsbezirk Oppeln eine neue Gewerbeinspektion mit dem Amtssitz in Königschütte errichtet.

Königschütte. Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr: Volksversammlung im Gewerkschaftslokal, Ring 8. Redner: Börsing-Beuthen.

Aus der Frauenbewegung.

Oesterreichischer Frauentag. Die österreichischen Genossinnen hielten am Sonntag einen Frauentag ab. Die außerordentlich zahlreichen Versammlungen verliefen in großen Gängen ruhig. Überall wurden Resolutionen angenommen.

Neueste Nachrichten.

74 Personen ertranken.

Sattaro, 11. März. Auf dem Stuari-See geriet in der Sonntagnacht ein Segelboot mit 65 Frauen, drei Kindern und vier Soldaten, die sämtlich aus Albanien nach Montenegro zurückkehren wollten, in einen furiosen Sturm und kenterte.

Vom Balkan.

Konstantinopel, 11. März. Der türkische Ministerrat beschäftigte sich gestern längerer Zeit mit funktentelegraphischen Nachrichten des Kommandanten und des Wali von Adrianopel. Diese Telegramme gaben zu einer lebhaften Diskussion Anlaß.

Wien, 11. März. Sines Konstantinopeler Meldung zufolge tritt in den Kreisen der jungtürkischen Partei wachsende Verstimmung gegen den bisherigen türkischen Großwesir Mahmut Schefket Pascha zu Tage.

England und die Balkanfrage.

London, 10. März. Im Unterhaus ergriß Premierminister Asquith das Wort und sagte mit Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten: Ich freue mich, feststellen zu können, daß durch die Beratungen der Vorkämpfer über zwei der wichtigsten Punkte eine Verständigung erzielt worden ist.

Schwarze Pöbe.

Berlin, 11. März. Auf dem der Stadt Schneberg gehörigen Areal der Deutsch-Wusterbauken ist gestern einer der vor kurzem eingewanderten Saisonarbeiter aus russisch-Polen an den schwarzen Voden erkrankt.

Vereitelter Raubmord.

Stuttgart, 11. März. In Au-Bengstett in Württemberg wurde der Bahnwärter Köfler, als er sich nach dem Entreffen des letzten Zuges aus Stuttgart nach seinem Wirtshaus zurückgeben wollte, von einem jungen unbekanntem Manne niedergestossen und schwer verletzt.

In's Meer getrieben.

Astrachan, 10. März. Von den am 8. März auf einem Eischolle ins Meer hinausgetriebenen fünfundfünfzig Fischern wurden nur zwei und zwanzig gerettet.

Dynamit-Explosion.

London, 11. März. In der Nobel-Dynamit-Fabrik zu Arbeer in der Grafschaft Northham in Schottland fand gestern eine furchtbare Explosion statt. Sechs Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, eine größere Anzahl anderer Arbeiter sind schwer verletzt worden.

Kompromittiert.

New York, 11. März. Eine Frau Perez, die wegen verächtlicher Brandstiftungen angeklagt ist, hat gestern ein vollständiges Geständnis abgelegt und dieses durch einwandfreie Dokumente erhärtet.

Erdbeben.

New York, 10. März. „Sun“ gibt den Bericht des amerikanischen Gesandten in Guatemala über ein Erdbeben wieder, das Guatemala am Sonnabend heimtückisch und dem eine ganze Stadt und viele Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Wetternachrichten der Universitäts-Wetterwarte.

Table with weather data for Breslau and other locations. Columns include date, location, and various weather metrics like temperature, wind, and precipitation.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Table with water level data for various locations. Columns include location, date, and water level measurements.

Breslauer Schlachthausmarkt. Mittlerer Preis über den Rheinwegmarkt am 10. März 1913. Der Rindfleisch betrug: 9 Rinder, 190 Schweine, 219 Schafe.

Table with detailed market prices for various types of meat and livestock. Columns include item name, weight, and price.

Versammlungen und Vereine.

Dienstag, den 11. März: Brauereiarbeiter. Abends 7 1/2 Uhr im „Kronprinz“, Welfenstraße. Bananschlacker. Abends 8 Uhr bei Müller, Malergasse.



Moderne Herren-Anzüge Prachtstücke 28.-, 30.-, 36.- bis 45.- Mark Ohnlauerstrasse 83.





Die Konjunktur.

Ueber die voraussichtliche Bewegung der Wirtschaftlichen Konjunktur schreibt die Arbeitsmarkt-Korrespondenz: Die Geldknappheit löst nicht nur die Unternehmungslust der Vorkapitalisten, sie schwächt auch schon die Auftriebskraft der gewerblichen Konjunktur. Der Rückgang der Neugründungen und Kapitalserhöhungen von 166,08 Millionen Mark im Februar 1912 auf 53,51 Millionen Mark im entsprechenden Monat des laufenden Jahres ist ein Symptom, das man den Vorboten der Krise, die sich am Geldmarkt und an der Börse zeigen, zur Seite stellen kann. Allerdings ist der Zusammenbruch der gewerblichen Hochkonjunktur nicht von heute auf morgen zu erwarten. Es ist vielmehr anzunehmen, daß sich im allgemeinen der gewerbliche Beschäftigungsgrad noch bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres in steigender Richtung bewegen wird. Die Rentabilität des in gewerblichen Unternehmungen investierten Kapitals wird aber voraussichtlich nicht mehr im bisherigen Tempo wachsen. Das Nachlassen des gewerblichen Unternehmungswillens bedeutet aber für verschiedene Gewerbezweige, so z. B. für das Baugewerbe, die Metall- und Maschinenindustrie, eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit. Von diesen Gewerben geht die Wirkung weiter auf die Industrie der Steine und Erden, das Holzgewerbe, den Kohle- und Eisenmarkt und viele andere Gebiete des Wirtschaftslebens. An sich wäre eine Abschwächung der gewerblichen Unternehmungslust natürlich noch kein zuverlässiges Krisensymptom, da bis zu einem gewissen Grade durch zufälliges Zusammenwirken verschiedener Faktoren ebenfalls eine Verminderung des für Neugründungen aufgewendeten Kapitals eintreten kann. So hätte z. B. im letzten Monat die Kriegsfurcht die durch die Geldknappheit bedingte Zurückhaltung verstärken können. Mit dem Wegfall der politischen Beunruhigung müßte dann eine erneute Belebung der Unternehmungslust eintreten. Leider besteht aber wenig Hoffnung, daß dies wirklich der Fall sein wird. Diejenigen Kapitalisten, die unter Umständen für eine neue Verwendung in der Industrie freigegeben wären, werden voraussichtlich absorbiert durch die bedeutenden Aufwendungen für die laufende Jahre des Geldmarktes — wenn auch vielleicht nur für ziemlich kurze Zeit — recht bedeutende Kapitalien entziehen, die er bei der jetzigen Lage der Dinge nur schwer entbehren kann. Sind doch heute schon die staatlichen Emissionen nur zu den ungünstigsten Bedingungen unterzubringen! Typisch für die gegenwärtige Situation ist auch die Zunahme der Fallissements unter den kleinen Bankiers und Berufsspekulanten. Wer zu Beginn des Balkankrieges nicht kurz entschlossen seine Engagements löste, muß jetzt unter Gefahr der Geld- und Kreditknappheit seine Positionen unter großen Verlusten aufgeben, wenn er nicht über hinreichende eigene Kapitalien verfügt, um die Börsenkrise zu überleben. Ueber die Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten am Geldmarkte gehen die Meinungen weit auseinander. Neben den bekannten Faktoren: Steigerung am Warenmarkt, Steigerung des Kapitalbedarfs in Handel und Gewerbe, starke Inanspruchnahme des Geldmarktes durch Staats- und Kommunalanleihen dürfte auch der wachsende Aufwand im Kapitalistenkreise und der damit zusammenhängende Rückgang der Kapitalbildung wesentlich zur Verschärfung der Situation beitragen. In der letzten Woche hat der Prozeß gegen die Inhaber der Berliner Bankfirma Klotz u. Hans deutlich gezeigt, wie stark die Liquiditätsbedürfnisse der Geldbesitzer heute gestiegen sind. Andererseits ist gerade aus diesem Grunde zu erwarten, daß der nächste Krisensturm eine Unmenge morscher Existenzen hinwegfegen wird, die bisher im Sonnenschein der Hochkonjunktur ein lässiges Dasein führten. Die Banken würden deshalb gut tun, schon jetzt in der Gewährung von Spekulationskrediten vorsichtig zu sein und das Publikum über die kritische Lage aufzuklären, anstatt durch rosige Situationsberichte künstlich eine optimistische Stimmung zu verbreiten und zur Spekulation anzuweisen. Gerade in der Zeit vor der Krise hätten die Banken reichlich Gelegenheit, sich im Interesse der gesamten Volkswirtschaft zu betätigen. Statt dessen treiben selbst die großen Geldinstitute noch eine recht engherzige Privatwirtschaftspolitik.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Sind gewerkschaftliche Malerbetriebe lebensfähig? Darüber wird u. a. in Malerzeitschriften geschrieben. Die Arbeitgeber im Malergewerbe erklärten, daß Lohn-erhöhungen nicht gezahlt werden können; weil das Gewerbe diese Erhöhungen nicht erträgt. Das ist willkürliche Dunsterei. Jede vom Auftraggeber verlangte Arbeit soll zum Mindestpreise kalkuliert werden, der daraus sich ergebende Gesamtpreis wird verteilt in Kosten für Material und Arbeitslohn mit 50 Prozent, Geschäftskosten und Meisterlohn mit 25 Prozent und Meisterergänzung mit 15 Prozent. Man findet in der Ausstellung, daß der Arbeitgeber keinen Zeitlohn fordert, sondern projektualen Meisterlohn und außerdem noch reinen Geschäftsgewinn. Nach dem Leistungsstarke muß jeder Arbeitnehmer für 6000 Mk. Jahresprodukte erzeugen. Im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer liegt es, daß die festgesetzten Mindestpreise eingehalten würden, aber die Arbeitgeberorganisation hat nicht die Macht und den energiegelassen Willen ihre Mitglieder zu veranlassen, Unterbietungen zu unterlassen. Von den 1247 Mitgliedern des schlesischen Meisterbundes betreiben rund 600 davon das Gewerbe als Einzelbetriebe. Diese vielhundertfache Zerstückelung der Produktion im Malergewerbe, wirkt hindernd auf den Aufstieg des Gewerkschaftslebens und gegen alle materiellen und sozialen Forderungen der Arbeiter. Schon aus den zuletzt angeführten

Gründen wären genossenschaftliche Malerbetriebe zu errichten.

Die Vorzüge des genossenschaftlichen Betriebes treten offensichtlich dadurch hervor, daß die Betriebsmittel zentralisiert verwendet werden, daß die vorher angeführten vielhundertfachen Meisterlöhne und Meisterergänzung fortfallen, daß dadurch die Entlohnung der Arbeiter eine höhere sein kann und daß die ausgeführte Arbeit eine erstklassige sein wird.

Grundprinzip bei dem „Malerbetrieb Breslau“ muß sein, nur gute Arbeiten auszuführen, keine außergewöhnliche Preise einlegen, humane Behandlung der Arbeiter und höhere Entlohnung gewähren, als der Normallohn beträgt.

Je großzügiger und kapitalreicher der Betrieb einsetzt, desto größere Beachtung wird er finden. Die Befürchtung, daß das auftraggebende Publikum sich zurückhalten wird, trifft nicht zu. Die Vereinigenommenheit der kapitalistischen Welt verschwindet, sobald jene erkannt hat, daß der „Malerbetrieb Breslau“ gute, reelle Arbeit bei normalen Preisen liefert. Seine heutigen Innungsgrößen und die Schärfermacher im Arbeitgeberverbande werden nach einiger Zeit einsehen, daß die neuen gewerblichen Verhältnisse stärker sind als sie. Das hiesige Malergewerbe wird durch die Neugründung einen Rück nach vorwärts erhalten und mit diesem Faktor werden auch die Gegner rechnen müssen.

Die ausständigen Tapezierer- und Dekorateurgehilfen nahmen in einer am Montagabend abgehaltenen allgemeinen Versammlung im Café Restaurant ebenfalls an den Ausgleichsverhandlungen vor dem hiesigen Gewerbegericht Stellung. Man beschloß schließlich einstimmig das bisherige Ergebnis der Verhandlung vor dem Gewerbegericht als ungenügend abzulehnen. Auf der Grundlage des Gehilfenvermittlungsvorschlages sollen nun die weiteren Ausgleichsverhandlungen geführt werden, man müsse aber auf der Forderung bestehen bleiben, daß den älteren Gehilfen schon von 1914 die Zulage von 2 Pfennigen zufließen werde, die jetzt allein nur noch als Differenzpunkt unter den beiden streitenden Parteien gelte.

Tarifbewegung der Breslauer Klempner. Am Montag tagte im Restaurant „Der auf der Orgel“ eine Versammlung von Klempnergehilfen mit einer wichtigen Tagesordnung. Wir berichteten schon, daß die Klempnerinnung den am 31. d. Mt. ablaufenden Tarifvertrag gekündigt hat. Die Innung hat den Tarif dem Untergewerkschaftsrat überlassen, mit dem die Versammlung sich befaßt.

Was sich die Klempnermeister erlaubt haben, dürfte in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung noch nicht dagewesen sein. Die Innung erklärt klipp und klar, daß sie zwar den Tarifvertrag auf drei Jahre verlängern wolle, aber um keinen Preis eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Drei Jahre also sollen die Klempner zu den bisherigen Löhnen weiterarbeiten. In einzelnen Punkten würden sich die Gesellen noch schlechter stellen. Der Bevollmächtigte, Herr Hilpp, der das Schreiben des Innungs Vorstandes verlas, bemerkte, daß, ehe die Gesellen den Meisterarif annehmen, dann lieber soll eine tariflose Zeit bestehen. Das sei der Standpunkt der Ortsverwaltung und auch der Branchenleitung.

Die Gesellen haben einen Gegentarifvertragsentwurf ausgearbeitet, der noch am jetzigen Tage der Innung überreicht wurde. Die Stundenlöhne sollen allgemein um 5 Pf. pro Stunde erhöht werden. Als Mindestlohn für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahre sollen 50, im zweiten 55 und im dritten Jahre 60 Pfennige gezahlt werden. Die Arbeitszeit soll wie bisher 9 1/2 Stunden dauern; tritt im Baugewerbe eine kürzere Dauer ein, so soll sie auch im Klempnergewerbe Anwendung finden. Der Tarifvertrag soll nicht eine dreijährige, sondern eine zweijährige sein. Der abzuschließende Tarifvertrag soll entschieden von der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes unterzeichnet sein.

Nach einer Aussprache wurde der Tarifentwurf der Gesellen in allen seinen Teilen ohne jede Abänderung einstimmig angenommen.

Deutsches Reich und Ausland.

Die Tarifbewegung in der deutschen Holzindustrie ist jetzt so gut wie abgeschlossen. Zwischen den Vertragsparteien der meisten an der Bewegung beteiligten Orte ist auch über die vom Schiedsgericht nicht berührten Fragen bei den langwierigen in Berlin geführten Verhandlungen eine Verständigung erzielt worden. Die Mitgliederparlamentarier haben über das Ergebnis der Verhandlungen noch abzustimmen. In einigen Städten muß freilich noch weiter verhandelt werden. Im großen und ganzen wird die Bewegung aber als friedlich erledigt betrachtet. Die Gefahr eines umfangreichen Lohnkampfes über ganz Deutschland scheint nun endlich beseitigt zu sein. Darauf deutet unter anderem der Umstand hin, daß bereits am Sonnabend die Löhne nach den neuen Tarifen gezahlt worden sind.

1843 ausgesperrte Maler in Groß-Berlin. In einer Versammlung der ausgesperrten Malergehilfen Groß-Berlins wurde durch Fragebogen festgestellt, daß die Zahl der am Sonnabend von den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes ausgesperrten Gehilfen nur 1843 beträgt. Die Zahl der in Groß-Berlin beschäftigten Gehilfen wird dagegen auf mehr als 8000 geschätzt.

Bei einigen Firmen, die eilige Arbeiten auszuführen haben, sei vom Arbeitgeber-Verband die vorläufige Weiterbeschäftigung der Gehilfen gestattet worden. Die Ortsverwaltung des Malerverbandes wird darüber Beschluß fassen, ob in solchen Fällen die nicht ausgesperrten Gehilfen aus den Betrieben gezogen werden sollen.

Streikdrohung englischer Techniker. Die auf der Werft von Devonport angestellten Techniker haben es abgelehnt, Ueberstunden zu machen, bevor nicht die Admiralität ihrer Forderung entspricht, sie im Lohn mit den Technikern der Privatwerften gleichzustellen. Montag fand eine Abstimmung der Techniker der Werften von Southampton, Portsmouth und Devonport darüber statt, ob der Generalstreik proklamiert werden soll, falls die Forderung nicht bewilligt wird.

Frankreich. Die Sozialisten gaben der Deputiertenkammer einen Entwurf zur gesetzlichen Einführung des freien Sonnabendnachmittags für alle Arbeiter vor. In Laourcoing stehen 800 Textilarbeiter seit zwei Monaten in einem Solidaritätsstreik. — Im Korbmacher-Verbande wird der Anschluß an den Möbelarbeiterverband beraten. Der Zusammenschluß scheint gesichert. — Das Organ des Bauarbeiterverbandes plädiert recht eifrig dafür, daß die jungen Gewerkschaftler sich die Kenntnisse fremder Sprachen aneignen, damit ein zeitweiliger Austausch derselben mit geeigneten Genossen ausländischer Gewerkschaften stattfinden könne. — Das gesamte Pariser Baugewerbe ist erneut in eine allgemeine Bewegung eingetreten zur Erringung des Achtstundentages für die unter Tag Arbeitenden und des Neunhunderttags für alle anderen Arbeiter.

Italien. Vor einiger Zeit fand in Rom der dritte internationale Kongress der Bauunternehmer statt, an dem über 500 Bauunternehmer aller Länder und die Vertreter von elf Regierungen teilnahmen. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um den Streik. Die hierzu beschlossene Resolution lautet: Der dritte internationale Kongress für das Baugewerbe anerkennt das Prinzip der Solidarität für die Arbeitgeber aller Länder im Falle von Streik oder Sperre und beauftragt den internationalen Arbeitgeberbund, die Frage eingehend zu studieren und dem nächsten internationalen Kongress positive Vorschläge zu unterbreiten.

Aus der Jugendbewegung.

Jugendberziehung.

Die unsere „nationalen Kreise“ die Jugendpflege ausführen, jetzt folgendes Schreiben, das kürzlich den Mitgliedern des Jung-Deutschlandbundes in Breslau zugeht:

Breslau, den 3. März 1913.

Kontrollnummer.

Jung-Deutschland-Vereinigung I.

Diese Bekanntmachung ist Sonntag, den 9. März, zur Übung mitzubringen. Bei der Pflichtübung am 9. März findet zuerst eine Übung auf dem Übungsplatz Frankfurterstraße Nr. 148 und anschließend daran eine Feldübungsübung nach außerhalb statt.

Einteilung. Einfach auf dem Übungsplatz gegen Vorzeigung dieser Druckchrift von nachmittags 2 Uhr an. Verabreichung von Kaffee und Semmel gegen Abgabe des umfassenen Gutschein Nr. 1 von 2 1/2 bis 3 1/2 Uhr. Pünktlich um 3 Uhr nachmittags; Antreten zur Übung. Es findet statt:

- 1. eine vollständig neue Einteilung der Jungmänner in Gruppen und Jüge;
2. die Prüfung der Gruppenführer, Zugführer und Feldmeister;
3. eine Feldübungsübung nach außerhalb mit Prüfungsaufgaben;
4. die Kritik über die Ausführungen der bei der Prüfung gestellten Aufgaben;
5. eine „Jahrbuchfeier 1813“.

Die Jungmänner werden von dieser Übung nicht vor 10 Uhr abends zu Hause zurück sein können. Diejenigen Jungmänner und ebenso die bisherigen Gruppenführer, welche die Gruppenführer-Prüfung und ferner die Gruppenführer-Prüfung und bisherigen Zugführer, welche die Zugführer-Prüfung am 9. März ableisten wollen, müssen dies bis spätestens den 7. März abends der J.-D.-Vereinigung II schriftlich melden.

Diejenigen Jungmänner und ebenso die bisherigen Gruppenführer, welche die Gruppenführer-Prüfung und ferner die Gruppenführer-Prüfung und bisherigen Zugführer, welche die Zugführer-Prüfung am 9. März ableisten wollen, müssen dies bis spätestens den 7. März abends der J.-D.-Vereinigung II schriftlich melden.

Der umfassen Gutschein ist ausgefüllt zur Übung mitzubringen, nur die Zuteilung zu welchem Zuge er ist erst nach der neuen Einteilung nach der Feldübungsübung einzuschreiben.

Sollte es am 9. März nachmittags 2 1/2 Uhr stark regnen, so wird vorliegende Übung eine Woche später, den 16. März, abgehalten.

Für den Fall, daß am Sonntag, den 30. März, eine Vorführung der Vereinigung II in Anwesenheit Sr. Exzellenz stattfinden, oder daß am Sonntag, den 13. April, ein Fest im Schiedsgericht veranstaltet werden sollte, wäre es erforderlich, daß sämtliche Jungmänner am Sonntag, den 16. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, behufs Einteilung und Vorübung für diese Veranstaltungen auf dem Übungsplatz anwesend sind.

Striktliterweise ist das Gericht vorbereitet worden, daß diejenigen Jungmänner, welche sich J.-D.-Anzüge nicht anschaffen können, aus der Liste der Vereinigung gestrichen werden sollen. — Diese Nachricht entspricht nicht der Tatsache; beachtlich wird nur, diejenigen Jungmänner, welche J.-D.-Anzüge nicht besitzen, zusammen in nichtuniformierte Jüge einzuteilen, auf daß bei diesen Jügen bei eintretendem Regenwetter oder bei Abtritt-Anzügen genommen wird.

Die im Januar bekannt gegeben worden ist, können die J.-D.-Anzüge auch durch ratenweise Zahlung erworben werden und soll es nicht ganz ausgeschlossen sein, daß Jungmänner, welche zunächst durch Ratenzahlungen den guten Willen zeigen, sich einen J.-D.-Anzug beschaffen zu wollen, jedoch beim besten Willen anferhande sind, die letzten Raten zu bezahlen, einen Teil der Zahlung im Notfall erlassen bekommen.

Bei Neu-Aufnahmen von Jungmännern in die J.-D.-Vereinigung I und II wird von jetzt an die Bedingung des Anzug-Kaufes gestellt.

Jungmänner, welche gleichzeitig noch einem anderen Vereine angehören, müssen aus dem Jung-Deutschland-Vereinigung I und II, oder aus dem anderen Verein austreten.

Die Jungmänner werden darauf hingewiesen, sich zu den freiwilligen Übungen Butterkneten von zu Hause für den Marsch mitzubringen.

Jung-Deutschland-Vereinigung II.

Breslau 6, Andersenstr. 47.

Vorname: ... Nachname: ... Wohnung: ... Ich wohne bei meinen Eltern ... Religion: ... Geboten am und wo: ... Beruf: ... Bei wem in Stellung: ... Beruf des Vaters: ... Seit wann bei der Jung-Deutschland-Vereinigung: ... Anzug Größe: ... Anzug Nr.: ... Gürtweite: ... Zentimeter. Körpergröße, Höhe: ... Nachstehende Zeilen sind erst nach der neuen Einteilung auszufüllen.

Zugeteilt dem ... Zuge ... der ... Gruppe bei der ... als Jungmann ... Breslau, den 9. März 1913.

Meldung: ... Dieser Anwesenheitszettel ist nach der Feldübungsübung an den Gruppenführer bezw. Zugführer abzugeben.

Gutschein Nr. 1 für eine Tasse Kaffee mit einer Semmel. Gutschein Nr. 2 für eine belegte Stulle und ein Glas einfaches Bier in der Brauerei.

Jung-Deutschland-Vereinigung I.

Breslau, den 9. März 1913.

Denkendes Erzieher werden über den Kopf schütteln, wenn sie das Programm der Veranstaltung lesen. Nicht von Belebung und Bildung, sondern nur die reine, bloße Arroganz! Es klingt ganz so, als hätte es ein Feldwebel geschrieben.

Aber auch aus anderen Gründen ist das Programm bedenklich. Es handelt sich hier um Anaben, die noch zum großen Teil die Schule besuchen. Ihnen wird zugemutet, von 2 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends anstrengende Märsche, Vorträge, Gesellschaften und dergleichen mitzumachen. Die Lehrenden dürfen sich nicht wundern, wenn ihre Angehörigen am Montag während des Unterrichts unaufrichtig sind oder gar einschlagen. Das Programm steht für die nächsten Sonntag ähnliche Veranstaltungen vor. Mit Recht ist von ehrlichen Jungmännern auf die große Gefahr hingewiesen, die diese Art Jugendpflege für den geistigen Fortschritt der Nation in sich birgt. Aber was kümmert die Drahtzieher des Jung-Deutschlandbundes den geistigen Zustand ihrer Zöglinge? Wenn sie nur eine geistlose Formation von einer Schamlosigkeit unterrichten, im Glauben zu stehen und gut marschieren können, das genügt ihnen.

Begegnung ist, daß die jungen Leute zur Uniformierung gezwungen werden können. Jeder neu einrückende muß einen Anzug kaufen. Nichtsmitteln kann freilich ein Teil des

